Karper/Fandrich/Edelmann Münchener AnwaltsHandbuch Bank- und Kapitalmarktrecht

Münchener Anwalts Handbuch

Bank- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Dr. Ines Karper

Rechtsanwältin in Esslingen

Dr. Andreas Fandrich

Rechtsanwalt in Stuttgart

Prof. Dr. Hervé Edelmann

Rechtsanwalt in Stuttgart

Bearbeitet von:

Wolf Freiherr von Buttlar, Rechtsanwalt in Stuttgart
Prof. Dr. Hervé Edelmann, Rechtsanwalt in Stuttgart
Dr. Robert Fahr LL.M. (oec.), Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) in Berlin
Dr. Andreas Fandrich, Rechtsanwalt in Stuttgart
Dr. Marcus Geschwandtner, Rechtsanwalt in Bonn
Dr. Thomas Henning, Rechtsanwalt in Stuttgart
Thomas Hofmann, Regierungsdirektor in Bonn
Dr. Ines Karper, Rechtsanwaltin in Esslingen
Max Kirschhöfer, Rechtsanwalt in Frankfurt
Dr. Miriam Neth-Unger, Rechtsanwalt in Stuttgart
Dr. Tilman Schultheiß, Rechtsanwalt in Dresden
Dr. Kai Zahrte, Ministerialrat in Berlin

3. Auflage 2024



Zitiervorschlag: MAH BankR/Fandrich § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 796838

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag)



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Wie auch die Vorauflagen soll die 3. Auflage des Münchener Anwaltshandbuchs zum Bank- und Kapitalmarktrecht die auf diesem Rechtsgebiet tätigen Juristinnen und Juristen bei der Lösung alltäglicher Fragestellungen unterstützen. Das Buch ist von Praktikern für Praktiker geschrieben und orientiert sich inhaltlich am Ausbildungskatalog des Fachanwalts für Bank- und Kapitalmarktrecht. Neu hinzugekommen ist in der aktuellen Auflage das Kapitel "Insiderrecht, Verhaltens- und Organisationspflichten", bearbeitet von den Rechtsanwälten Max Kirschhöfer und Dr. Tilman Schultheiß. Neu im Autorenteam sind außerdem Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Dr. Robert Fahr LL.M. (oec.) für das Kapitel "Steuerliche Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts" und Rechtsanwalt Dr. Thomas Henning als Mitautor des Kapitels "Geschäftsverbindung Bank und Kunde". Außerdem haben wir unseren Kreis der Herausgeber erweitert.

Wir sind den Autoren, die erfahrene Spezialisten auf den von ihnen bearbeiteten Rechtsgebieten sind, zu großem Dank verpflichtet. Ohne den Einsatz ihrer ohnehin knapp bemessenen Freizeit gäbe es dieses Werk nicht. Und ohne die hervorragende und geduldige Begleitung durch unsere sehr geschätzte Lektorin Frau Astrid Stanke gäbe es die Neuauflage ebenfalls nicht. Dafür herzlichen Dank!

Die in den Beiträgen enthaltenen rechtlichen Wertungen geben ausschließlich die persönliche Auffassung des einzelnen Autors wieder. Das Handbuch hat den Stand Dezember 2023. Für Anregungen und Hinweise sind wir stets dankbar.

Stuttgart, im Januar 2024

Die Herausgeber:

RAin Dr. Ines Karper RA Dr. Andreas Fandrich RA Prof. Dr. Hervé Edelmann

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Herausgeber- und Autorenverzeichnis	XXIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXV
§ 1 Grundlagen (Fandrich/Geschwandtner)	1
§ 2 Bankenaufsicht (Geschwandtner)	47
§ 3 Geschäftsverbindung Bank und Kunde (Neth-Unger/Henning)	77
§ 4 Bankentgelte und deren Zulässigkeit (Edelmann)	167
§ 5 Zahlungsverkehr (Zahrte)	247
§ 6 Kreditvertragsrecht (Fandrich)	403
§ 7 Kreditsicherheiten (Hofmann)	497
§ 8 Recht der Kapitalanlage (Frhr. von Buttlar)	747
\S 9 Insiderrecht, Verhaltens- und Organisationspflichten (Kirschhöfer/Schultheiß)	855
§ 10 Steuerliche Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts (Schley/Fahr)	887
Sachverzeichnis	953

§ 1 C	Grundlagen
I.	Organisation und Beteiligte des Banken- und Kapitalmarkts
	1. Einführung
	2. Universalbankensystem und Spezialbanken
	3. Institutsgruppen
	4. Verbände und Prüfungen
	5. Deutsche Kreditwirtschaft (vormals Zentraler Kreditausschuss)
	6. Einlagensicherung und Anlegerentschädigung
	7. Bankenaufsicht und ihre Bedeutung für die Kreditwirtschaft
	8. Rollenverteilung zwischen Geschäftsleitern und Aufsichtsorganen
	9. Strafrechtliche Risiken und Haftung der Organe
	10. Börsenwesen
	11. Gerichte
	12. Anwaltschaft
II.	Mandatsführung
	1. Mandatsgewinnung
	2. Gebührenpolitik
	3. Rechtsschutzversicherung
	4. Besonderheiten der Mandatsführung
	5. Verjährungs- und Beweislastfragen
	6. Prozesstaktiken
III.	Deutsche, europäische, internationale Rechtsgrundlagen
	1. Einführung
	2. Deutsche Rechtsgrundlagen
	3. Europäische und internationale Rechtsetzung
§ 2 E	ankenaufsicht
I.	Vorbemerkungen
II.	Rechtsgeschichtliche Hintergründe der Bankenaufsicht
III.	Aufsicht über Institute, Geschäftsleiter, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmit-
	glieder sowie Sicherungseinrichtungen
IV.	Bankenaufsicht als begründungspflichtiger Staatseingriff
	Finanzierung der aufsichtsführenden BaFin
	Aufgabenbereiche und Instrumentarium der BaFin
	Rechtsschutz und Akteneinsicht
	Bankenaufsicht als fördernde Wirtschaftsaufsicht
	Tätigkeitsverbot mit Erlaubnisvorbehalt (§§ 32 ff. KWG)
	Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank/Aufsichtsrichtlinie
	1. "Laufende Überwachung der Institute" durch die Bundesbank
	2. Instrumente der Aufsicht zur Risikoerkennung
	3. Aufsichtsplanung
XI.	"Besondere organisatorische Pflichten" (§ 25a KWG, MaRisk)
	1. Bankaufsichtliche Compliance der Kreditinstitute
	2. Rechtsqualität und praktische Relevanz der MaRisk
	Prüfung des Risikomanagements von Kreditinstituten (§ 317 Abs. 4 HGB)
XII.	Truiung ucs Misikonianagements von Miculinstituten (v 51/ 1108. 7 1 Mi)/
	Prüfungsanordnungen der BaFin aus § 44 Abs. 1 KWG/§ 30 KWG

XV.	Abberufungsverlangen und Tätigkeitsuntersagungen (§ 36 KWG)
	1. Entfernung von Bankgeschäftsleitern aus dem Amt (§ 36 Abs. 1 u. 2
	KWG)
	2. Entfernung von Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmitgliedern aus dem
	Amt (§ 36 Abs. 3 KWG)
§ 3 C	Geschäftsverbindung Bank und Kunde
I.	Vorbemerkung
II.	Kontoeröffnung
	1. Kontofähigkeit
	2. Gesetzliche Prüfungspflichten
	3. Kontrahierungszwang – Basiskonto
III.	Kontoführung
	1. Kontenformen und Kontoarten
. .	2. Besonderheiten bei der Kontoführung für natürliche Personen
IV.	Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken und Sparkassen
	1. Entwicklung
	2. Bedeutung
	3. Einbeziehung
	4. Allgemeiner Bankvertrag
V.	Bankgeheimnis
	1. Rechtsgrundlage
	2. Gegenstand und Geheimnisherr
	3. Grenzen und Durchbrechungen des Bankgeheimnisses
	4. Bankgeheimnis und Abtretungsausschluss
X 7T	5. Bankgeheimnis und Umwandlungsrecht
VI.	Kontenpfändung/Konto in der Insolvenz
	1. Pfändung von Girokonten sowie anderer Ansprüche
	2. Auswirkung der Insolvenz auf die Geschäftsverbindung
§ 4 E	Bankentgelte und deren Zulässigkeit
	Einleitung
п.	Qualifizierung als Allgemeine Geschäftsbedingungen
11.	1. Abgrenzung zur Individualvereinbarung
	Stellen der Vertragsbedingungen
	3. Im Kopf des Verwenders gespeichert
	4. Ausfüllungsbedürftige Leerräume
	5. Bankinterne Anweisung
	6. Stempelaufdruck
	7. BaFin Genehmigung
III.	Darlegungs- und Beweislast
IV	Kundenfeindlichste Auslegung
V	Klauselverbote mit und ohne Wertungsmöglichkeit
	Zur Kontrollfähigkeit von Entgeltklauseln
VII	Differenzierung nach Preishaupt- und Preisnebenabreden
, 11.	1. Preishauptabrede
	2. Preisnebenabrede
	3. Objektivierter Leistungsbestimmungsbegriff
	4. Die fünf Differenzierungsprinzipien
	5. Kritik an der Rechtsprechung
VIII.	Zur grundsätzlichen "automatischen" bzw. indizierten Unwirksamkeit einer
	Preisnebenabrede

IX. Zur Unangemessenheit iSv § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	
X. Zur Unangemessenheit wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot	
XI. Rechtsfolge der Nichteinbeziehung oder der Unwirksamkeit einer Klausel	
1. Ergänzende Vertragsauslegung	
2. Vertrauensgesichtspunkte	
3. Grundsätze über den Wegfall der Geschäftsgrundlage	
4. Schadensersatzanspruch	
5. Auskunftsanspruch	
XII. Verjährung	
XIII. Prozessuale Geltendmachung der Unwirksamkeit von Entgeltklauseln	
Gerichtliche Amtsermittlungs- und Nachforschungspflicht	
Unterlassungsklagengesetz	
3. § 8 UWG-Folgenbeseitigungsanspruch	
4. Aufsichtsrechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch nach § 4 Abs. 1a FinDAC	
5. Europäisches Verbandsklageverfahren	
XIV. Zu einzelnen Entgeltklauseln	•
1. Abschlussgebühr der Bausparkassen	•
Abschlussgebun der Bausparkassen Bearbeitungsentgelt bei Privatkrediten sowie im unternehmerischen Ge-	•
schäftsverkehr, sog. Individualbeitrag	
3. Darlehensgebühr bei Bausparverträgen	•
4. Kontogebühr in der Darlehensphase u. Jahresentgelt in der Ansparphase	
von Bausparverträgen	
5. Entgelte bei Förderkreditverträgen	
6. Verwaltungskostenbeitrag bei zinslosen Studiendarlehen	
7. Bereitstellungszinsen	
8. Bearbeitungsentgelt für Treuhandauftrag bei Darlehensablösung	
9. Entgelt für die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung	
10. Verwahrentgelte/Negativzinsen	
11. Entgelt für die Übersendung von Jahresdarlehenskontoauszügen	
12. Kontoführungsgebühr(-entgelt) bei Darlehensverträgen	
13. Disagio/Agio	
14. Entgelt für die Erteilung einer Löschungsbewilligung	•
15. Entgelt für einen Sicherheitenaustausch, für die Rangrücktrittserklärung	
sowie für die Erledigung eines Treuhandauftrages	
16. Entgelt (Auslagen) im Zusammenhang mit der Bestellung, Verwaltung,	
Freigabe oder Verwertung von Sicherheiten (insbesondere Notarkosten,	
Lagergelder, Kosten der Bewachung von Sicherungsgut)	
17. Wertermittlungsgebühr	
18. Basiskonto-Entgelt	
19. Entgelt für eine Bankauskunft	
20. Entgelt für Bareinzahlungen und Barauszahlungen am Bankschalter	
21. Zustimmungs-Fiktionsänderungs-Klausel	
22. Weitere Bankentgelt-Beispiele	
	•
8 5 7 ahlungsverkehr	
§ 5 Zahlungsverkehr	•
I. Überblick Zahlungsverkehrsrecht	
II. Zahlungsdienste, §§ 675c–676c BGB	
1. Grundlagen des Zahlungsdiensterechts	
2. Überweisung	
3. Lastschrift	
4. Debitkarte	
5. Kreditkarte	
6. Prepaidkarte	
0. 11cpaiurain	

	7. Geldkarte
	8. Onlinebanking
	9. Zahlungsauslösedienst
	10. Kontoinformationsdienst
	III. Internetbezahlverfahren
	1. E-Geld-Verfahren: "PayPal"
	2. Erweiterungen zum Onlinebanking: "Giropay"
	3. Kryptowerte: "Bitcoin"
	IV. Dokumentenbasierter Zahlungsverkehr
	1. Scheck
	2. Wechsel
	2. Weenser
§	6 Kreditvertragsrecht
	I. Einführung
	II. Grundlagen
	1. Kreditgeschäft
	2. Interessenlage
	3. Darlehensvertrag im Sinne von § 488 BGB
	4. Kontrahierungszwang
	III. Kredit- und andere Finanzierungsarten im Überblick
	Kredit- und andere Finanzierungsarten im Oberbiek Kontokorrent- und Überziehungskredit
	Geduldete Überziehung
	3. Annuitätendarlehen
	4. Endfällige Darlehen (Tilgungsfreie Darlehen)
	5. Haftungskredite
	6. Investitionskredit
	7. Betriebsmittelkredit
	8. Sanierungs- und Überbrückungskredit
	9. Kommunalkredit
	10. Konsortialkredit
	11. Öffentliche Förderkredite
	12. Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen
	13. Darlehensvermittlungsverträge
	IV. Beratungs-, Warn- und Aufklärungspflichten im Kreditgeschäft
	1. Grundsatz: Keine Beratungs- und Aufklärungspflichten
	2. Ausnahme: Beratungs- und Auskunftsverträge
	3. Ausnahme: Aufklärungspflichten im Einzelfall, Fallgruppen
	4. Kreditwürdigkeitsprüfungen und Beratungsleistungen gem. §§ 505aff.,
	511 BGB
	V. Inhalt und Erfüllung des Darlehensvertrags
	1. Valutierung
	2. Bereitstellungszinsen/-provision
	3. Nichtabnahmeentschädigungen
	4. Zinsen
	5. Disagio
	6. Sonstige Entgelte
	VI. Besonderheiten des Verbraucherdarlehensvertrags
	1. Grundlagen
	Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen
	3. Werbung für Verbraucherdarlehensverträge
	4. Vorvertragliche (Informations-)Pflichten
	5. Beratungsleistungen bei Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträgen
	6. Kreditwürdigkeitsprüfung
	O INTERIORALITIES CONTROLLING CONTROL

	Sei
7. Vertragsschluss: Formvorschriften und Pflichtangaben	44
8. Effektiver Jahreszins und Effektivzinsangaben	45
9. Widerruf	45
10. Laufende Informationspflichten und Tilgungsplan	45
11. Verzug	45
12. Vorzeitige Beendigung von Darlehensverträgen	45
VII. Besonderheiten der Baufinanzierung	46
Baufinanzierung und Bauträgervertrag	46
2. Makler- und Bauträgerverordnung (MaBV)	46
3. Bauträgerfinanzierung	47
4. Reform des Bauvertragsrechts	47
VIII. Besonderheiten der Fondsfinanzierung – verbundene Geschäfte	47
1. Überblick	47
Widerrufsrecht nach den Haustürwiderrufsregeln	47
3. Einwendungs-/Rückforderungsdurchgriff gegenüber der Bank	47
Besondere Aufklärungs- und Beratungspflichten bei der Finanzierung von	4/
	10
Fondsbeteiligungen	48
IX. Besonderheiten des Unternehmenskreditgeschäfts	48
1. Überblick	48
2. Konsortialkredit	48
3. Öffentliche Förderkredite	48
4. Finanzierungsleasing	48
5. Factoring	48
6. Auslandskreditgeschäft	48
X. Darlehensforderung in Abwicklung und Insolvenz	49
1. Überblick	49
2. Bankgeheimnis und Datenschutz	49
3. Verkauf von Darlehensvertragspaketen	49
4. Umwandlungsrechtliche Vorgänge	49
5. Forderungsabtretungsklauseln	49
6. Die Darlehensforderung im Insolvenzverfahren	49
§ 7 Kreditsicherheiten	49
A. Grundlagen	5(
	50
I. Einleitung	51
II. Allgemeines	51
	51
2. Empirisches/Häufigkeit von Sicherheiten	
3. Rechtsquellen	51
4. Europäische und internationale Vorgaben	51
5. Aktuelle Rechtsentwicklungen in Deutschland	5
6. Auswirkungen der Digitalisierung	5
III. Überblick über bankübliche Kreditsicherheiten	5
1. Begriff der Sicherheit	5
2. Erscheinungsformen	5
3. Kreditversicherungsinstrumente	52
IV. Grundlegende Rechtsgeschäfte in der Kreditsicherungspraxis	52
1. Vertragskonzeptionen in der Bankenpraxis	52
2. Darlehensvertrag	52
3. Die Sicherheitenbestellung	5
4. Der Sicherungsvertrag	5
V. Anspruch auf Sicherheitenbestellung	5.
1. Bankmäßige Geschäftsbeziehung	53
1. Zumanasie Georgiano estantis	٥.
	X

2. Darlehensvertrag
3. AGB-Banken und Sparkassen
4. Anspruch des Darlehensnehmers auf Sicherheitentausch?
VI. Bedeutung des Verbraucherschutzes im Kreditsicherungsrecht
1. Allgemeines
2. Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
3. Verbraucherdarlehensvertrag, §§ 491 ff. BGB
4. Haustürwiderrufsrecht, § 312 BGB
5. Fernabsatzrecht
VII. Allgemeine Grenzen der Kreditsicherung
1. Unwirksamkeitsgründe
2. Anfängliche und nachträgliche Übersicherung
3. Sanierungs- und Existenzgründungsfinanzierung
VIII. Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Kreditsicherung
1. Aufklärungs- und Informationspflichten der Bank
2. Kreditvergabe ohne Stellung banküblicher Sicherheiten
3. Weitere Haftungstatbestände
4. Faktische Geschäftsführung und Quasi-Gesellschafterhaftung
IX. Der Ausgleich unter mehreren Sicherungsgebern
1. Gleichartige Sicherheiten
2. Ungleichartige Sicherheiten
X. Kosten im Zusammenhang mit der Sicherheitenbestellung
1. Allgemeines
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit einzelner Klauseln
XI. Die Bewertung von Kreditsicherheiten
1. Grundsätze
2. Realsicherheiten
3. Personalsicherheiten
XII. Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Kreditsicherungspraxis
1. KWG
2. Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)
3. Kreditrisikominderung (Art. 192 ff. CRR)
B. Allgemeine Voraussetzungen der Sicherheitenverwertung
I. Fälligkeit der gesicherten Forderung
1. Regelung in den AGB-Banken und -Sparkassen
2. Fälligkeit als Verwertungsvoraussetzung
3. Kündigung von Darlehensverträgen
4. Fälligkeit mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens
II. Androhung der Verwertung
1. Gesetzliche Regelung des § 1234 BGB für die Verpfändung
2. Andere Sicherheiten
3. Besonderheiten bei der Lohn- und Gehaltsabtretung
4. Formularpraxis der Kreditinstitute
III. Fälligkeit des Sicherungsmittels
1. Allgemeines
2. Die Kündigung der Grundschuld nach § 1193 Abs. 2 BGB
IV. Möglichkeiten der Verwertung
1. Allgemeines
2. Wahlrecht bei mehreren Sicherungsmitteln und Sicherungsgebern
3. Art der Verwertung
V. Rücksichtnahme auf die Belange des Schuldners oder Sicherungsgebers
VI. Behandlung des Verwertungserlöses
C. Die Bürgschaft
I. Grundlagen

	Seite
1. Gegenstand und Rechtsnatur	577
2. Wirtschaftliche Verbreitung	578
3. Abgrenzung zur anderen Sicherungsinstrumenten	579
II. Der Bürgschaftsvertrag	581
1. Vertragsparteien	581
2. Vertragsabschluss	582
3. Zwingende Angaben in der Bürgschaftserklärung	582
4. Schriftform der Erklärung des Bürgen	584
5. Stellvertretung	588
6. Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse	589
7. Bürgenhaftung kraft Gesetzes	589
III. Wirksamkeit des Bürgschaftsvertrags	590
Verstoß gegen das Schriftformerfordernis	590
Bürgschaft und Verbraucherschutzvorschriften	590
3. Sittenwidrigkeit der Bürgschaft wegen finanzieller Überforderung	594
4. Sittenwidrigkeit aus anderen Gründen	604
5. Anfechtung	605
6. Wegfall und Störung der Geschäftsgrundlage	607
IV. Umfang der Bürgenhaftung	608
1. Gesetzlicher Haftungsumfang	608
2. Inhaltskontrolle bei weiter Zweckerklärung	614
V. Poon diagrae den Bürgescheft	617
V. Beendigung der Bürgschaft	
1. Kündigung	617
2. Widerruf und Rücktritt	618
3. Bedingung und Befristung	619
4. Tod des Bürgen oder des Hauptschuldners	619
5. Wechsel der Beteiligten	619
6. Erlöschen der Hauptschuld	620
7. Sonstige Erlöschensgründe	620
8. Verwirkung	621
VI. Typischer Inhalt von Bürgschaftsverträgen	621
1. Inanspruchnahme aus der Bürgschaft und Einredeverzicht des Bürgen	621
2. Anrechnung von Zahlungseingängen	623
3. Übergang von Sicherheiten	623
4. Behandlung zusätzlicher Bürgschaftserklärungen	624
5. Freigabe von Sicherheiten	624
6. Kündigungsrecht des Bürgen	625
7. Verlängerung der Verjährungsfrist	625
8. Keine Geltung der AGB-Banken und Sparkassen	626
VII. Kreditsicherungsrelevante Formen der Bürgschaft	626
1. Höchstbetragsbürgschaft	626
2. Teilbürgschaft	627
3. Nachbürgschaft	628
4. Rückbürgschaft	628
5. Ausfallbürgschaft	628
6. Zeitbürgschaft	629
7. Bürgschaft auf erstes Anfordern	630
8. Kreditbürgschaft	632
9. Vorauszahlungsbürgschaft (insbesondere §§ 7 Abs. 1, 2 Abs. 1 MaBV) .	632
10. Gesellschafterbürgschaft	636
11. Prozessbürgschaft	637
12. Steuerbürgschaft	638
13. Mietbürgschaft	638
14. Bürgschaften der öffentlichen Hand	639

VIII. Verjährungsfragen bei der Bürgschaft
1. Unabhängige Verjährung von Darlehensforderung und Bürgschaftsan-
spruch
2. Einrede der Verjährung der Hauptschuld, § 768 BGB
3. Beginn der Verjährungsfrist der Bürgschaftsforderung
IX. Inanspruchnahme des Bürgen
1. Eintritt des Bürgschaftsfalls
2. Vorgehensweise
3. Beweislast und Prozessuales
4. Zwangsvollstreckung
5. Bürgschaft und Insolvenz
X. Rückgriff des Bürgen
. Mithaftung und Schuldbeitritt
I. Grundlagen
1. Gegenstand und Einordnung
2. Abgrenzung von verwandten Sicherungsformen und Rechtsgeschäften
3. Zustandekommen
4. Form
5. Teilakzessorietät und gesamtschuldnerische Haftung
II. Sonderprobleme
1. Anwendbarkeit der Verbraucherschutzvorschriften
2. Übertragung der Rechtsprechung zur Sittenwidrigkeit von Angehöri-
genbürgschaften gem. § 138 BGB
3. Übertragung der Darlehensforderung und Anwendung des § 401 BGB
III. Inanspruchnahme und Verwertung
1. Voraussetzungen
2. Prozessuales
3. Insolvenz
4. Ausgleich zwischen den Gesamtschuldnern
. Garantie
I. Gegenstand und Einordnung
1. Rechtsnatur
Inhalt und Haftungsumfang
3. Anwendungsfelder und Verbreitung
II. Der Garantievertrag
1. Zustandekommen
2. Form
3. AGB-rechtliche Wirksamkeit
4. Richtlinien der Internationalen Handelskammer (URDG 758)
5. Exkurs: Garantien im englischen Recht
6. Internationales Privatrecht
III. Inanspruchnahme der Garantie
1. Eintritt des Garantiefalls
2. Einwendungen
3. Rückgriff des Garantiegebers
IV. Besondere Erscheinungsformen
1. Bankgarantie
2. Anzahlungsgarantie
3. Ausbietungsgarantie
4. Scheckeinlösungsgarantie
5. Rück- oder Gegengarantie
Patronatserklärung
I. Gegenstand und Einordnung
1. Begriff

	Seite
2. Rechtsnatur	668
3. Zweck	669
II. Vertragsabschluss	669
1. Patronatsvertrag	669
2. Form	670
3. Kündigung	670
III. Erscheinungsformen	671
1. Die "harte" Patronatserklärung	671
2. Die "weiche" Patronatserklärung	672
IV. Besonderheiten	673
1. Die Patronatserklärung als Sanierungsinstrument	673
2. Bilanzierung	674
3. Internationales Privatrecht	674
G. Pfandrecht	674
I. Begriff und Bedeutung	674
1. Wesensmerkmale	674
2. Bedeutung in der Kreditsicherungspraxis	675
3. Beteiligte	676
4. Sonderregelungen	676
5. Gesetzliche Pfandrechte	676
II. Bestellung des Pfandrechts	677
1. Pfandrecht an beweglichen Sachen	677
2. Pfandrecht an Forderungen und Rechten	678
3. Das Pfandrecht nach Nr. 14 AGB-Banken, Nr. 21 AGB-Sparkassen	679
4. Rang	679
III. Gesicherte Forderung	679
1. Sicherungsfähige Ansprüche	679
2. Künftige und bedingte Forderungen	680
3. Akzessorietät	680
IV. Wirksamkeit der Pfandrechtsbestellung	680
1. Form	680
2. Keine Übertragung der Rechtsprechung zu Angehörigenbürgschaften	681
3. Anwendbarkeit der §§ 312b, c und § 312g BGB	681
V. Verwertung	681
1. Pfandreife	681
2. Pfandrecht an beweglichen Sachen	682 682
Pfandrecht an Rechten und Forderungen Pfandrecht im Insolvenzverfahren	684
VI. Typische Verpfändungsfälle in der Kreditsicherungspraxis	685
1. Verpfändung von Kontenguthaben und Einlagen	685
2. Verpfändung von Wertpapieren	685
3. Das Pfandrecht nach Nr. 14 AGB-Banken, Nr. 21 AGB-Sparkassen	686
4. Verpfändung von Gesellschaftsanteilen	688
5. Verpfändung von Markenrechten und gewerblichen Schutzrechten	689
H. Sicherungsübereignung	690
I. Grundlagen	690
1. Begriff und Rechtsnatur	690
2. Wirtschaftliche Bedeutung	691
3. Sicherungsgegenstand	692
4. Rechtsverhältnisse und Beteiligte	692
II. Zustandekommen	693
1. Überblick	693
Dingliche Einigung zur Übertragung des Eigentums	693
3. Übergabe oder Übergabesurrogat	696
	0,0

	Seite
4 Gutgläubiger Erwerb	696
5. Wesentliche Bestandteile, Scheinbestandteile und Grundstückszubehör	697
III. Der Sicherungsvertrag	697
1 Form	697
2. Bestimmung des Sicherungszwecks	698
3. Typischer Inhalt des Sicherungsvertrags	698
IV. Wirksamkeit der Sicherungsübereignung	699
1. Kein Formerfordernis	699
2. Ubersicherung	699
3. Kollision mit Vermieterpfandrecht und anderen Sicherungsrechten	700
4. Sicherungsübereignung unpfändbarer Sachen nach § 811 ZPO	701
V. Verwertung	701
1. Grundsätze	701
2. Freihändiger Verkauf	702
3. Freihändige Versteigerung	703
4. Zwangsvollstreckung	703 703
5. Sicherungsübereignung und Insolvenzverfahren	703
I. Sicherungsabtretung	703
I. Einordnung	70.
2. Abtretungsgegenstand	70.
3. Bedeutung	70.
4. Rechtsverhältnisse und Beteiligte	700
5. Abgrenzung von ähnlichen Konstellationen und Rechtsinstituten	700
6. Grundtypen	707
II. Bestellung	708
1. Überblick	708
2. Abtretungsvereinbarung	709
3. Gutgläubiger Erwerb	710
4. Abtretungshindernisse	710
5. Erfordernis weiterer Rechtsakte	710
III. Sicherungsvertrag	71
1. Bestimmung des Sicherungszwecks	71
Typische Klauseln im Sicherungsvertrag	71
IV. Wirksamkeit der Sicherungsabtretung	712
1. Grundsätzlich keine Formerfordernisse	712
2. Übersicherung	71
3. Berufliche Verschwiegenheitspflichten	71
4. Sittenwidrigkeit	71
V. Verwertung	71
1. Allgemeines	71
2. Verwertung durch Einziehung	71
3. Die Sicherungsabtretung im Insolvenzverfahren	71
VI. Besondere Erscheinungsformen	71
1. Abtretung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen	710
2. Abtretung von Lohn- und Gehaltsforderungen	718
3. Abtretung von Ansprüchen aus Bausparverträgen	719
J. Sicherungsgrundschuld	720
I. Grundlagen	720
1. Allgemeines	720
2. Begriff	720
3. Merkmale und Rechtsnatur	72
4. Sicherungsvertrag	72
5. Formen der Grundschuld	722

	Seite
6. Belastungsgegenstand	723
7. Haftungsumfang	723
8. Europäische Vorgaben	724
II. Zustandekommen	724
1. Zustandekommen im Wege der Bestellung	724
2. Übertragung	725
III. Dingliche Voraussetzungen für das Zustandekommen	725
1. Dingliche Einigung	725
2. Eintragung	726
3. Verfügungsbefugnis	726
IV. Inhalt der Grundschuldbestellungsurkunde	727
1. Überblick	727
2. Fälligkeit des Grundschuldkapitals	728
3. Die dingliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung	728
4. Die persönliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung	730
	731
5. Teilbetrag	731
V. Wirksamkeit der Bestellung der Sicherungsgrundschuld	
1. Sittenwidrigkeit	731
2. Verbraucherschutzregelungen	732
VI. Der Sicherungsvertrag	732
1. Merkmale	732
2. Die Sicherungszweckerklärung	733
VII. Verwertung	733
1. Allgemeines	733
2. Vollstreckung aus dem abstrakten Schuldversprechen trotz Verjährung	
der Darlehensforderung	734
3. Verwertung der Grundschuld	735
4. Freihändige Verwertung des Grundstücks	736
5. Verwertung im Insolvenzverfahren	737
K. Restschuldversicherung	738
I. Grundlagen	738
1. Gegenstand und Rechtsnatur	738
2. Verbreitung	739
3. Versicherungsleistung	740
4. Pflichtangaben bei Verbraucherdarlehen	740
II. Sonderprobleme	742
1. AGB-rechtliche Klauselkontrolle, Ausschlussklauseln	742
2. Berücksichtigung bei der Sittenwidrigkeitskontrolle gem. § 138 BGB	742
3. Aufklärungspflichten der Bank	743
4. Darlehensvertrag und Restschuldversicherung als verbundenes	
Geschäft?	744
5. Die Restschuldversicherung im Insolvenzverfahren des Darlehens-	
nehmers	746
e o p. 1, 1, 17, 2, 1, 1	747
§ 8 Recht der Kapitalanlage	747
I. Einleitung	748
II. Haftung einer Bank beim Vertrieb von Kapitalanlagen	749
1. Unterschiede zwischen der Haftung einer Bank und der Vermittlerhaftung	749
2. Unterscheidung zwischen Aufklärungs- und Beratungspflichten	749
3. Aufklärungspflichten	749
4. Beratungspflichten	751
5. Rückvergütungen und Innenprovisionen	760
6. Risikoerhöhung durch Kreditfinanzierung	762
7. Keine nachwirkende Überwachungspflicht	763

	S
III. Vermittlerhaftung	
1. Unterscheidung zwischen Beratungs- und Auskunftsvertrag	
2. Abschluss eines Auskunftsvertrages	
3. Pflichten aufgrund eines Auskunftsvertrages	
4. Pflichten aufgrund eines Beratungsvertrages	
IV. Ansprüche gegen weitere an Anlagemodellen beteiligte Personen	
1. Mittelverwendungskontrolleur	
2. Gründungsgesellschafter	
3. Treuhandkommanditist	
4. Wirtschaftsprüfer und Gutachter	
5. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin)	
6. Ansprüche von Anlegern gegen die Fondsgesellschaft	
7. Ansprüche von Publikumsgesellschaften, ihrer Gläubiger oder dem Insol-	
venzverwalter gegen Anleger	
V. Deliktische Ansprüche	
Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung	
Verletzung von Schutzgesetzen	
VI. Produktspezifische Aufklärungs- und Beratungspflichten	
1. Grundsatz	
Aufklärung durch Prospekte	
Adikiarung durch Prospekte S. Verzinsliche Anlagen	
4. Aktien, Zertifikate und andere Wertpapieranlagen	
5. Swap-Geschäfte	
6. Immobilienanlagen	
7. Geschlossene Fonds	
8. Lebensversicherungen als Kapitalanlage	
VII. Schadensersatz bei der Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten	
1. Schadensumfang	
2. Verschulden	
3. Ursächlichkeit der Pflichtverletzung	
4. Mitverschulden des Anlegers	
VIII. Verjährung des Schadensersatzanspruchs	
IX. Prozessuale Besonderheiten im Kapitalanlagerecht	
1. Ausgangslage	
2. Zuständigkeitsfragen	
3. Beweisfragen	
4. Anträge	
5. Rechtskraft, Streitgegenstand	
6. Anlegermehrheiten	
7. Arrestverfahren	
§ 9 Insiderrecht, Verhaltens- und Organisationspflichten	
A. Insiderrecht	
I. Einleitung	
1. Marktmissbrauchsprävention	
2. Rechtsquellen	
II. Gegenstand und Anwendungsbereich der MAR	
1. Anwendungsbereich der MAR	
2. Ausnahmen	
3. Insiderinformation	
4. Insidergeschäft	
III. Offenlegung von Insiderinformationen	
1. Unrechtmäßige Offenlegung von Insiderinformationen	
2. Presseprivileg	

	Seite
IV. Insiderhandelsverbot	868
V. Ad-hoc-Publizität	869
1. Anwendungsbereich	869
Unmittelbarer Bezug zum Emittenten eines Finanzinstruments	870
3. Pflicht zur baldigen Veröffentlichung	871
4. Formalia	871
5. Ausnahme von der Verpflichtung zur Veröffentlichung einer Ad-hoc-	0/1
5. Ausnanme von der verpriichtung zur verorientlichung einer Ad-noc-	0.73
Mitteilung (Möglichkeit der Selbstbefreiung/Aufschub)	872 875
VI. Implementierung von Compliance-Maßnahmen	
VII. Künftige Erweiterungen und Änderungen des Insiderrechts	877
1. MiCAR	877
2. (Geplante) Modifikation der MAR durch den EU Listing Act	878
B. Verhaltens- und Organisationspflichten	879
I. Bedeutung	879
II. Regulatorischer Rahmen	880
1. Verhaltenspflichten (Rules of Conduct)	880
2. Organisationspflichten	885
§ 10 Steuerliche Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts	887
I. Einführung	888
II. Kundensicht	889
1. Steuern und Kapitalanlage	889
2. Steuern und Kreditgeschäft	916
III. Bankensicht	917
1. System der Umsatzsteuer	918
Steuern bei der Sicherheitenverwertung	922
3. Besteuerung von Dividenden und Anteilsverkäufen	926
4. Haftung für Steuern	927
5. Bankgeheimnis im Steuerrecht?	931
IV Stoughintonnichung und Leichtfontige Stougnvanlüngung	936
IV. Steuerhinterziehung und Leichtfertige Steuerverkürzung 1. Überblick über das Steuerstrafrecht	937
	938
2. Steuerhinterziehung	
3. Strafbefreiende Selbstanzeige	943
4. Bankmitarbeiter als Anstifter und Gehilfe?	947
5. Tax Compliance Management System	950
V. Bankenabgabe und Finanzmarktsteuer	950
Sachverzeichnis	953